

# Griechenland

Peter A. Zervakis

Nach den allseits im Ausland anerkannten, aber vom Wähler nur wenig honorierten Erfolgen der griechischen EU-Ratspräsidentschaft unter dem sozialistischen Premier Kóstas Simítis im ersten Halbjahr 2003 (gerade im Vergleich zu der als desaströs bewerteten anschließenden italienischen Präsidentschaft)<sup>1</sup> war Griechenland neben den fieberhaften Vorbereitungen zur Ausrichtung der Olympiade wieder ganz mit einem innenpolitischen Ereignis beschäftigt: die vorgezogenen Parlamentsneuwahlen vom März 2004.

Die Simítis-Regierung, die seit ihren gescheiterten Reformbemühungen in der Sozialversicherung mit katastrophalen Umfrageergebnissen zu kämpfen hatte, nahm im Januar die sich zuspitzende Zypernproblematik<sup>2</sup> zum verfassungsrechtlichen Anlass (Art. 41 II Gr.Verf.) für die vorzeitige Auflösung des Parlaments, obwohl es diesbezüglich wenige parteipolitische Reibungen gegeben hatte.<sup>3</sup> Die Wahlen endeten mit der klaren Niederlage der seit 1993 (und vorher von 1981-1989) ohne Unterbrechung regierenden PASOK.<sup>4</sup> Zudem wirkte sich der nationale Wahlerfolg der ND voll auf die im Juni abgehaltene Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) aus. Im Gegensatz zu den ansonsten politisch folgenlosen „Denkzettelwahlen“ gegen die jeweilige nationale Regierung in den meisten EU-Mitgliedsländern (Ausnahme: Schweden), trug der Ausgang der Europawahlen – wie bei den Sozialisten in Spanien – diesmal zur weiteren Stabilisierung der neuen Mehrheitspartei Néa Dimokratía (ND) unter Premier Kóstas Karamanlís bei.<sup>5</sup>

Die Wahlen in Griechenland folgten einem allgemeinen Trend in Europa:<sup>6</sup> Viele der linkssozialistischen Regierungsparteien in der SPE wurden wegen ihrer Abnutzungserscheinungen und aufgrund ihrer opportunistischen Annäherung an „rechte“ bzw. „neoliberale“ Politikthemen sowie einer allgemeinen Politikverdrossenheit massiv abgestraft trotz ihrer anerkannten außen- und europapolitischen Leistungen. Stattdessen setzten die Wähler auf die moderat auftretenden, christlich-konservativen Parteien in der EVP,<sup>7</sup> denen sie in der Wirtschaftspolitik mehr Sachkompetenz und überzeugendere arbeitsplatzfördernde Reformen zutrauten. Zudem versprachen sie ihnen, die Opferbereitschaft ihrer Wähler nicht übermäßig herausfordern zu müssen. Simítis konnte daher beim Wähler kaum punkten, als er in seiner überraschenden Rücktrittsrede am 7. Januar auf die beachtlichen natio-

1 Peter A. Zervakis: Griechenland, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration 2002/2003, Bonn 2003, S. 355-360 und Albert Spiegel: Deutschland und Griechenland: Weitestgehend übereinstimmende Positionen, in: Athener Zeitung, Sonderbeilage, Oktober 2003, S. 4.

2 Peter A. Zervakis: Die europäische Perspektive für das geteilte Zypern: Eine neue Chance zur Lösung des Zypern-Problems?, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 14 (2004) 2, S. 451-499.

3 Gustav Auernheimer: Parlamentswahlen in Griechenland, in: Südosteuropa 52 (2003) 7-9, S. 404-418, bes. 409f. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 08.01.2004, S. 5.

4 Peter A. Zervakis: Das politische System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 2003, S. 687-730, bes. 693.

5 Die Europäer bestrafen ihre Regierungen, vom 14.06.2004, in: <http://www.spiegel.de/>

6 George Gregoriou: The Greek Election, 2004, vom 15.03.2004, in: <http://www.greeknewsonline.com/>

7 Zu den Mitgliedschaften der nationalen Parteien in den europäischen Parteiföderationen vgl. Karl Magnus Johansson / Zervakis, Peter A. (Hrsg.): European Political Parties Between Cooperation and Integration, Baden-Baden 2002, S. 206-211.

nalen Leistungen seiner achtjährigen Amtszeit einging: kontinuierliches Wirtschaftswachstum, Beitritt zur EWU und zum Schengen-Abkommen, Erhöhung der Sozialausgaben, erfolgreiche Terrorismusbekämpfung und EU-Präsidentschaft sowie EU-Mitgliedschaft Zyperns. Kennzeichnend für seinen sachlichen, verbal moderaten Regierungsstil war, dass er zugleich eklatante Strukturdefizite bei der wirtschaftlichen Produktivität und in der Verwaltung offen zugab. Die Unzufriedenheit besonders der PASOK-Stammwähler richtete sich nicht nur gegen den arroganten und in zahllosen Korruptionsfällen verwickelten PASOK-Regierungsapparat („Pachtas-Skandal“),<sup>8</sup> sondern auch gegen die Folgen des von Simítis einseitig besetzten Modernisierungsbegriffs (eksynchronismós):<sup>9</sup> die „Notwendigkeit“ einer Verjüngung der Politikerklasse, die Aufgabe der (früher meist nur rhetorisch proklamierten) linkssozialistischen Ideologie und die faktische Übernahme weiterer Teile der ND-Programmatik vor allem hinsichtlich des uneingeschränkten Bekenntnisses zur EU und zur offenen Marktwirtschaft. Selbst der von ihm überraschend nominierte Nachfolger im Amt des Parteichefs und Spitzenkandidat der PASOK, Außenminister Giórgos Papandréou (geb. 1952), ältester Sohn des verstorbenen Charismatikers Andréas, scheiterte mit seinem vom australischen Politologen Paul Hirst übernommenen Konzept der „partizipativen Demokratie“ (symmetochikí dimokratía).<sup>10</sup> Trotz seiner medial herausragend inszenierten Führungsübernahme auf dem im Februar eigens dafür einberufenen außerordentlichen Parteitag der PASOK, auf der nach Änderungen der Parteistatuten erstmals eine demokratische Urwahl stattfand, an der in populistisch-klientelistischer Tradition (rousféti) sowohl die etwa 150.000 eingetragenen Parteimitglieder als auch die mehrere Hunderttausend zählenden, mit der Partei nur lose verbundenen „Freunde der PASOK“ gleichberechtigt teilnehmen durften, schaffte es der junge Papandréou nicht mehr, seine direktdemokratischen Initiativen jenseits von Allgemeinplätzen wahlentscheidend umzusetzen. Im weitgehend unaufgeregten bis langweilig verlaufenden Wahlkampf bestätigte „Giorgákis“ (wie seine Anhänger ihn liebevoll und seine Gegner ihn abschätzig nennen) dagegen die These von der „Entideologisierung“ seiner Partei.<sup>11</sup>

In den programmatischen Aussagen unterschieden sich beide Volksparteien nur geringfügig. Während die PASOK moderate Steuersenkungen, die Haushaltskonsolidierung, eine sozialverträgliche Fortsetzung der Privatisierungen und eine zaghafte Öffnung der staatlich regulierten Märkte in Aussicht stellte, forderte die ND konkret eine Senkung der Körperschaftssteuer, die Liberalisierung der Energie- und Transportmärkte sowie eine vollständige Privatisierung der halbstaatlichen Telekommunikationsgesellschaft OTE und der Postbank. In der chronisch unterfinanzierten Bildungspolitik wollten beide Parteien dagegen die Ausgaben von 3,5 auf 5 Prozent des Bruttoinlandprodukts steigern ebenso wie sie Ganztagsgrundschulen, Computer für die Schulen, Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer und die Gründung nicht-staatlicher, gemeinnütziger Universitäten versprachen. In der Gesundheitspolitik herrschte ähnliche Einigkeit vor.<sup>12</sup> Diesmal fand keine Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus entlang der früher gewohnten, ideologischen Parteigrenzen mehr statt. Vielmehr wurde eine überparteiliche Sachdebatte zwischen den Anhängern eines starken und eines schwachen Staates in beiden Parteien geführt über

8 Pétros Markáris: *O Tsé avtoktoníse* (Che beging Selbstmord), Athen 2003 (dt. Zürich 2004).

9 Pavlos Tzermias: Politische Wende in Griechenland, in: *Europäische Rundschau* 32 (2004) 2, S. 53-65, bes. 59.

10 Auernheimer, a.a.O., S. 411 u. S. 414.

11 *Neue Zürcher Zeitung* vom 28.02.2004, in: <http://www.nzz.ch/2004/02/28/al/page-article9FS12.html>.

12 Auernheimer, a.a.O., S. 413.

das zukünftige Ausmaß der erwünschten Staatsinterventionen in die freie Marktwirtschaft. In der strategischen Ausrichtung der griechischen Türkeipolitik sowie in den Balkan- und Europapolitiken vertreten Regierung und Opposition spätestens seit den neunziger Jahren ähnliche Positionen, was für „Kostákis“ (Diminutiv zur Unterscheidung von seinem berühmten Onkel) eine „entscheidende Errungenschaft“ bedeutete: In einer zukünftigen radikal veränderten, weil ausdifferenzierten EU-Architektur, die sich nicht länger an den Nachzögern orientieren könne, gäbe es auch nach dem Willen der ND „einen Stuhl für die Türkei“.<sup>13</sup> Hierbei wie auch in der Zypernfrage verfestigte sich jedoch der Eindruck im traditionell „antirechten“ bzw. „anti-amerikanischen“ Lager, dass Papandréou taktisch besser mit den „Neoliberalen“ und „Amerikanern“ bzw. „Türken“ auskomme und somit weiter „rechts“ von der Mitte stehe als die Mehrheit der ND um den vorsichtig agierenden Karamanlís.<sup>14</sup>

Dass die PASOK dennoch knapp über 40 Prozent erzielte, ließ die meisten linken Parteien in der EU neidisch auf Griechenland blicken. Folglich konnten sich der neue Premier und sein Oppositionsführer versöhnlich in ihren ersten Stellungnahmen geben. Beide bekannten sich noch vor allen zukünftigen schmerzhaften Reformen zu den zwei wichtigsten nationalen Zielen, die sie aus dem Wahlkampf herausgehalten hatten: die erfolgreiche Veranstaltung der Olympischen Spiele und die Lösung des Zypern-Problems.<sup>15</sup>

Im um 40 Prozent erneuerten Parlament sitzen heute 89 (von 300) erstmals gewählte, meist jüngere Abgeordnete (Durchschnittsalter: 52 Jahre), die oft über die Präferenzstimme<sup>16</sup> eingezogen sind (ND: 53, PASOK: 33, KKE: 2, SYN: 1).<sup>17</sup> Der Anteil der Frauen stieg dagegen mäßig von 10,3 auf 12,7 Prozent (ND: 15, PASOK: 19, KKE: 3, SYN: 1), was trotz der symbolischen Wahl einer Parlamentspräsidentin für europäische Verhältnisse immer noch gering ist. Demgegenüber ist die Anzahl der Abgeordneten, die wie Karamanlís oder Papandréou aus traditionellen Politikerfamilien (tsákia) entstammen, im europäischen Vergleich überproportional groß (32) und ein untrügliches Zeichen für die alt bewährte Fortsetzung der „personengeprägten Feudaldemokratie“ in der griechischen Gesellschaft.<sup>18</sup> Trotz der Versprechen nach einer „kleinen und flexiblen Regierung“ besteht das Kabinett aus 46 Mitgliedern (19 Minister, 27 Staatssekretäre), darunter nur zwei Frauen.

Am 10. März wurde Karamanlís (geb. 1956) als neuer Premierminister Griechenlands vereidigt und gilt als einer der jüngsten Amtsträger. Er steht in der ND für die Überwindung der „überholten Klischees“ der parteipolitischen Spaltungen in „Dexía, Kéntro, Aristerá (Rechte, Mitte, Linke)“ und für die Öffnung seiner Partei zur linken Mitte („radikaler Liberalismus“). Der neue Regierungschef will sich nach Olympia und trotz seines Wahlversprechens nach Übernahme von Tausenden von nach EU-Recht nicht mehr erneuerbaren staatlichen Zeitvertragsangestellten um eine Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung und um die Bekämpfung der weit verbreiteten Korruption durch Transparenz in der Amtsführung seiner Minister bemühen. In der Wirtschaftspolitik bekannte er

13 FAZ vom 08.03.2004, S. 12. In diesem Kontext passt auch die späte Entschuldigung der Athener Bürgermeisterin mit Ambitionen für das Außenministerium und Tochter des ehemaligen ND-Premiers Kóstas Mitsotákis, Dora Bakogiánni, bei einer gemischten Regierungsdelegation aus Bosnien-Herzegovina für die damalige proserbische Balkanpolitik der Regierung ihres Vaters. FAZ vom 19.01.2004, S. 5. Vgl. Apostolos Katsikaris: Griechische Außen- und Sicherheitspolitik im Kontext der europäischen Integration, Frankfurt am Main 2003.

14 Tzermias, a.a.O., S. 59f., Athener Zeitung vom 12.09.2003, S. 4, FAZ vom 18.02.2004.

15 Vgl. Corriere della Sera vom 09.03.2004 und FAZ vom 09.03.2004, S. 7.

16 Vgl. grundsätzlich dazu Zervakis, Das politische System a.a.O., S. 706f.

17 Athener Zeitung vom 19.03.2004, S. 3.

18 Ebd., FAZ vom 13.02.2004, S. 42 und Die Zeit vom 04.04.2004, S. 11.

sich zum deutschen Vorbild der „sozialen Marktwirtschaft“ und sein neuer „Superminister“ für Wirtschaft und Finanzen, Geórgios Alogoskoúfis, hat sich zum Vorsatz gemacht, die griechische Wirtschaft „außenorientierter und wettbewerbsfähiger zu machen“.<sup>19</sup> In der Zwischenzeit versucht er jedoch verzweifelt, das nach einem Kassensturz entdeckte tiefe Finanzloch im Staatshaushalt mit Steueramnestien und weiteren Privatisierungen zu stopfen. Daher geht es der ND-Regierung in der Europapolitik pragmatisch um die Steigerung der bisher unbefriedigenden Abrufungsquote von Mitteln aus dem Dritten Stützungsprogramm der EU. In dem im nächsten Jahr beginnenden Verhandlungspoker um das Vierte Strukturhilfeprogramm (2007-2013) will Griechenland seinen Anteil von 25 Milliarden Euro unbedingt erhalten.<sup>20</sup>

Die Regierung hat mittlerweile den ersten Wählerstest in den im Juni abgehaltenen Europawahlen mit Bravour bestanden, obwohl „Europa“ nur nebenbei stattfand und die Kandidatenliste der Regierungspartei als „Abstellkammer für ausgediente Konservative“ bezeichnet wurde.<sup>21</sup> Aber angesichts einer schwächelnden PASOK, deren Führer es trotz einer parteiinternen Verjüngungskur auf Kosten verdienter (meist männlicher) Parteimitglieder nicht gelang, den Vorsprung der ND aufzuholen, was die parteiinterne Opposition gegen Papandréou stärken dürfte, und einem konstanten Popularitätshoch für Karamanlís, den der Fußballsieg der Griechen in der Europameisterschaft zusätzlich gestärkt hat,<sup>22</sup> erscheint der Regierungschef als der „Mann des Ausgleichs“ noch unangreifbar zu sein. Allerdings schwebt bereits das verfassungsrechtliche Damokles-Schwert einer neuen Parlamentswahl über der Regierung, falls sie bei der im Frühjahr 2005 anstehenden Wahl des Staatspräsidenten nicht die Drei-Fünftel-Mehrheit erreichen sollte (Art. 32 IV), wozu ihr noch 15 Stimmen fehlen.<sup>23</sup> Sprecher der größten Oppositionspartei bemühten sich zwar zu erklären, dass die PASOK-Führung daraus kein Kapital schlagen werde, um vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen. Ob sie sich daran halten wird, hängt aber letztlich vom Ausgang der parteiinternen Machtkämpfe und der Durchsetzungskraft des angeschlagenen Parteiführers Papandréou ab.

### Weiterführende Literatur

- Gustav Auernheimer: Das politische System Griechenlands: Strukturen und Funktionsprobleme einer europäischen Demokratie, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 13 (2003) 4, S. 1933-1960.
- Jens Bastian: „Ein Gespür haben für die Mentalitäten des Balkans“. Griechenlands Investitionsoffensive in Südosteuropa, in: Südosteuropa 52 (2003) 7-9, S. 419-442.
- Dionyssis Dimitrakopoulos (Hrsg.): Greece in the European Union, London 2004.
- Loukas Tsoukalis: The Future of Greece in the European Union, in: Theodore A. Coulombis / Kariotis, Theodore / Bellou, Fotini (Hrsg.): Greece in the Twentieth Century, London 2003, S. 319-329.
- Peter A. Zervakis: Der Hellenozentrismus als Fremdkörper in der Europäischen Union? Zur Bedeutung der politischen Kultur für die verspätete Europäisierung der Institutionen Griechenlands, in: Franz Knipping / Schönwald, Matthias (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969-1984, Trier 2004, S. 405-431.

---

19 FAZ vom 04.08.2004, S. 10.

20 Auernheimer, a.a.O., S. 418.

21 FAZ vom 11.06.2004, S. 3.

22 FAZ vom 06.07.2004, S. 3, FAZ vom 10.07.2003, S. 37 und FAZ vom 15.07.2003, S. 36.

23 Auernheimer, a.a.O., S. 418.